

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e.V.

1. Welche Bedeutung haben die Kita- und Schulfördervereine und die dort ehrenamtlich Engagierten für Ihre Partei?

Kita- und Schulfördervereine haben für unsere Partei eine enorme Bedeutung, da:

- sie mit ihrer wertvollen ehrenamtlichen Arbeit ganz konkret dazu beitragen, die vorschulischen und schulischen Bildungsbereiche zu verbessern,
- sie mit den aufgebauten Vereinsstrukturen vor Ort starke Impulse dafür setzen, dass gute Bildung eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe ist, die nur in enger Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen, Eltern und Zivilgesellschaft gelingen kann,
- sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit unsere Demokratie stärken,
- sie sich politisch dafür stark machen, der frühkindlichen und schulischen Bildung endlich die notwendige gesellschaftliche Bedeutung beizumessen und
- ganz konkret Verbesserungen der Rahmenbedingungen einfordern, für die sich Die Linke in Brandenburg ebenfalls massiv einsetzt.

Kita- und Schulfördervereine sind für uns wichtige bildungspolitische Akteur*innen der Zivilgesellschaft, um gemeinsam Bildung und Aufwachsen für unsere Kinder und Jugendlichen besser zu gestalten. Wir stehen für eine Politik, die zivilgesellschaftliches Engagement in der Bildungsarbeit fördert und die Bedingungen für freiwilliges Engagement verbessert.

Es ist unser Ziel, dass alle Kinder und Jugendlichen in Brandenburg die Möglichkeit haben, in einer Umgebung aufzuwachsen, die ihnen vielfältige Perspektiven eröffnet und ihnen hilft, ihre Potenziale voll zu entfalten.

2. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um das Ehrenamt im frühkindlichen und schulischen Bildungsbereich weiter zu stärken?

Ein starkes Ehrenamt braucht ein starkes Hauptamt und funktionierende Rahmenbedingungen in den Bildungsinstitutionen. Dafür wollen wir uns mit vielen konkreten Maßnahmen in Schule und frühkindlicher Bildung einsetzen (siehe Antworten auf Frage 4). Die personellen und räumlichen Ressourcen müssen einen guten Einsatz und eine professionelle Begleitung des Ehrenamtes ermöglichen.

Einen besonderen Schwerpunkt bei der Gestaltung von Ehrenamt im schulischen Bildungsbereich sehen wir einer gelingenden Umsetzung des Ganztagesförderungsgesetzes des Bundes durch eine wirkungsvolle Verzahnung von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und zivilgesellschaftlichem Engagement. Damit das gelingt, werden wir in einem partizipativen Dialogprozess einen Qualitätsrahmen für die Ganztagsförderung in Brandenburg erarbeiten und folgend mittels Landesgesetz oder Rechtsverordnung die notwendigen Rahmenbedingungen definieren und verankern. Ein besonderer Fokus muss dabei auf den Ressourcen für eine professionelle Begleitung und Koordination des Ehrenamtes liegen.

Darüber hinaus ist es uns ein Herzensanliegen, ehrenamtlich aktive Menschen direkt zu unterstützen und zu fordern. Dazu werden wir:

- den Mobilitätsbonus für Ehrenamtliche wieder auflagen und finanziell untersetzen,

- die Ehrenamtskarte als ein zentrales Element gesellschaftlicher Wertschätzung ausbauen und allen Ehrenamtlichen zugänglich machen und
- Fonds aufbauen, um sozial engagierte Vereine zu unterstützen.

3. Wie steht Ihre Partei zur Förderung von interkultureller Öffnung, Diversität und Inklusion im zivilgesellschaftlichen Bildungsengagement?

Die LINKE Brandenburg betrachtet die Förderung von interkultureller Öffnung, Diversität und Inklusion als essentielle Pfeiler einer gerechten und zukunftsorientierten Bildungspolitik. Wir sind der Überzeugung, dass ein vielfältiges und inklusives Bildungssystem die Grundlage für die Förderung einer solidarischen Gesellschaft ist, in der alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Lebensweise gleichberechtigt teilhaben können.

Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass in Kindertagesstätten, Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen Inklusion und eine Kultur der Vielfalt gefördert werden. Dafür müssen einerseits durch Gesetzesänderungen die notwendigen Strukturen und Rahmenbedingungen geschaffen werden (Personal- und Sachausstattung, Definition inklusiver Bildungsziele und Bildungspläne, Anpassung von Aus- und Fortbildung, etc.). Dazu gehört andererseits auch die Unterstützung von Vereinen, Projekten und Initiativen, die sich aktiv für die interkulturelle Öffnung und Inklusion einsetzen und diese selbst ermöglichen.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, Chancengerechtigkeit zu fördern und dafür zu sorgen, dass niemand aufgrund von Herkunft, Behinderung oder anderen Merkmalen benachteiligt wird. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die Förderung von interkultureller Öffnung, Diversität und Inklusion in vollem Umfang und sehen darin einen zentralen Beitrag zur Stärkung einer solidarischen, gerechten und vielfältigen Gesellschaft.

4. Wie setzt sich Ihre Partei konkret für Chancengerechtigkeit und Partizipation von Kindern und Jugendlichen ein?

Ein zentraler Grundsatz für die LINKE in Brandenburg lautet: Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf gute, beitragsfreie Bildung, unabhängig von Wohnort, Herkunft, Voraussetzungen und dem Geldbeutel der Eltern. Um den Grundsatz Realität werden zu lassen, werden wir folgendes tun:

- Elternbeitragsfreiheit in Krippen, Kitas und Horten sofort umsetzen
- Kommunen durch Landesinvestitionsprogramme beim Schul- und Kita-Bau unterstützen
- gute Fachkräfte gewinnen und binden durch den Ausbau von Studien- und Ausbildungsplätzen, die Verbesserung der Ausbildungsqualität, Abschaffung von Schulgeld und die Einführung einer Ausbildungsvergütung und die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen
- den von uns bereits vorgelegten Entwurf für ein neues Kitagesetz (<https://www.linksfraktion-brandenburg.de/kitag/>) sofort umsetzen. Unser Entwurf beinhaltet:
 - klar definierte Bildungsziele, die die Kinderrechte berücksichtigen, Partizipation im Bildungsalltag einfordern und durch einen differenzierten Ansatz der frühkindlichen Bildung Chancengerechtigkeit ermöglichen
 - eine gute Personalbemessung (Bildungsschlüssel)
 - mehr Leitungsfreistellung
 - mehr Fach- und Praxisberatung
 - landeseinheitliche Qualitätsstandards für gute Bildung und Betreuung in jeder Einrichtung

- klare und rechtssichere Finanzierungszuständigkeiten und – regelungen unter Berücksichtigung der notwendigen Ressourcen für Inklusion
- ein Sofortprogramm zur Sicherung des Unterrichts umsetzen
- Schwerpunktschulen durch den Einsatz von multiprofessionellen Teams sofort stärken
- Schulsozialarbeit bzw. Schulgesundheitsfachkräfte an allen Schulen fördern
- dem Lehrkräftemangel durch den massiven Ausbau von dezentralen Studienplätzen, der Verbesserung und Vergütung des Studiums und einer besseren Qualifizierung im Quereinstieg aktiv begegnen
- gemeinsames Lernen hin zu echten Gemeinschaftsschulen fördern
- kostenloses und gesundes Schulesen für alle Schüler*innen der 1.-6. Klasse sichern
- kostenlose Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung gewährleisten
- Schule neu denken! Um Bildungsqualität entwickeln und sichern zu können, etablieren wir einen Bildungsrat, der Empfehlungen für eine Bildungsreform in Brandenburg erarbeitet
- die Bundespolitik in Bildungsmitverantwortung nehmen! Auf Bundesebene fordern wir: Bildung als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz aufnehmen, ein Bildungsrahmengesetz und ein „Sondervermögen Bildung“

Mit diesen Forderungen knüpfen wir an Forderungen und Initiativen an, die wir bereits in der letzten Legislatur in den Landtag eingebracht haben:

Unsere Initiativen im Bereich Kindertagesbetreuung

- | | |
|-----------------|--|
| Mai 2022: | Kita-Rechtsreform fortsetzen (Drucksache 7/5498) |
| Oktober 2022: | Kita-, Hort- und Schulverpflegung sichern - sofort Deckel drauf! (Drucksache 7/6391) |
| März 2023: | Kita-, Hort- und Schulverpflegung kostenlos! (Drucksache 7/7374) |
| Mai 2023: | Kinderschutz in Schulen und Kindertageseinrichtungen stärken (Drucksache 7/7652) |
| Juni 2023: | Zusätzliche Mittel für das Kommunale Investitionsprogramm Bildung bereitstellen (Drucksache 7/7873) |
| September 2023: | Inklusive Ganztagsbetreuung für Kinder und Jugendliche mit besonderen Förderbedarfen sichern! (Drucksache 7/6391) |
| Oktober 2023: | Wirkungsvolle Maßnahmen zur Bewältigung der Fachkräftekrise in der Kindertagesbetreuung umsetzen! (Drucksache 7/8563) |
| Januar 2024: | Längst überfällige Bildungsstrategien für Brandenburg jetzt erarbeiten! (Drucksache 7/9070) |
| März 2024: | Entwurf: Zweites Gesetz zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe (Kindertagesstättengesetz – KitaG) (Drucksache 7/9355) |
| Juni 2024: | Drängende Kita-Rechtsbaustellen korrigieren und Kita-Rechtsreform fortsetzen (Drucksache 7/9747) |

Anträge zum Haushalt:

- Komplette Elternbeitragsfreiheit in Krippe, Kita und Hort
- Landesinvestitionsprogramm Kita fortsetzen
- Landesprogramm Inklusion in Kindertageseinrichtungen
- Landes-Kita-Elternbeirat institutionell fördern
- Deckelung des Zuschusses zum Mittagessen in Kita, Hort und Schule
- Fortsetzung des Programmes „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“

Unsere Initiativen im Bereich Schule

Februar 2020:	Aktionsplan Lehrkräftegewinnung und Sicherung von gutem Unterricht in allen Regionen - in allen Schulen des Landes Brandenburg (Drucksache 7/625)
Februar 2020:	Elternbeitragsfreies Ticket für den Weg vom Wohnort zur Schule und zurück für alle Schülerinnen und Schüler in Brandenburg (Drucksache 7/675)
Juni 2020:	Voraussetzungen für digitales Lernen schaffen! (Drucksache 7/1375)
August 2020:	Verstetigung der Schulgesundheitsfachkraft an Brandenburger Schulen (Drucksache 7/1772)
September 2020:	Veränderung der Stichtagsregelung bei Einschulungen vom 30. September auf den 30. Juni (Drucksache 7/1975)
November 2020:	Schulen und Kitas effektiv vor Ausbreitung des Corona-Virus schützen (Drucksache 7/2288)
Januar 2021:	Bildung in Pandemiezeiten sichern! (Drucksache 7/2844)
Mai 2021:	Für Sicherheit, Zuversicht und Motivation an den Schulen sorgen (Drucksache 7/3550)
Mai 2021:	Bildung ist mehr als Schule - Ferienerholung ohne Leistungsdruck ermöglichen (7/3545)
November 2022:	Bildungsoffensive starten - sofort handeln - Bildungsnotstand verhindern (Drucksache 7/6541)
September 2021:	Schulgesundheitsfachkräfte langfristig absichern! (Drucksache 7/4252)
November 2021:	Für sichere Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche sorgen (Drucksache 7/4485)
Juni 2022:	Bedarfe an qualifizierten Lehrkräften kurz- und mittelfristig absichern! (Drucksache 7/5670)
Oktober 2022:	Kita-, Hort- und Schulverpflegung sichern - sofort Deckel drauf! (Drucksache 7/6391)
November 2022:	Bildungsoffensive starten - sofort handeln - Bildungsnotstand verhindern (Drucksache 7/6541)
Februar 2023:	Für die Zukunft unserer Kinder - Bewältigung der Bildungskrise muss Landesaufgabe mit höchster Priorität werden! (Drucksache 7/7171)
März 2023:	Kita-, Hort- und Schulverpflegung kostenlos! (Drucksache 7/7374)
März 2023:	Staatsvertrag Lehrerbildung - Bundesweite Strategie gegen den Lehrkräftemangel! (DS 7/7371)
März 2023:	Sofortige Rücknahme der Reduzierung der zusätzlichen Ausstattung von Schulen des Landes Brandenburg für das Schuljahr 2023/24 - Blinden Aktionismus beenden (Drucksache 7/7370)
Mai 2023:	Kinderschutz in Schulen und Kindertageseinrichtungen stärken (Drucksache 7/7652)
Mai 2023:	Bildungskrise wirkungsvoll im Dialog bewältigen! (Drucksache 7/7640)
Juni 2023:	Zusätzliche Mittel für das Kommunale Investitionsprogramm Bildung bereitstellen (DS 7/7873)
Juni 2023:	Landesweit verbindlichen Qualitätsrahmen zur Umsetzung Ganztagsbetreuung verankern! (Drucksache 7/7871)
September 2023:	Inklusive Ganztagsbetreuung für Kinder und Jugendliche mit besonderen Förderbedarfen sichern! (Drucksache 7/8396)
Januar 2024:	Längst überfällige Bildungsstrategien für Brandenburg jetzt erarbeiten! (Drucksache 7/9070)
Mai 2024:	Schulkrankenschwester muss bleiben: Kostenübernahme der kommunal getragenen Schulgesundheitsfachkräfte dauerhaft sichern (Drucksache 7/9702)

Anträge zum Haushalt:

- Kommunales Investitionspaket Bildung aufstocken
- Landlehrerstipendium aufstocken
- Deckelung des Zuschusses zum Mittagessen in Kita, Hort und Schule
- Multiprofessionelle Teams an Schulen aufstocken
- Schulgesundheitsfachkräfte fördern
- Anhebung Schulsozialfonds

Darüber hinaus möchten wir mit den folgenden Maßnahmen Chancengerechtigkeit und Partizipation von Kindern und Jugendlichen befördern:

- Wir werden die Ferienzuschüsse für Familien mit niedrigem Einkommen mindestens auf dem Niveau beibehalten und die Ferienpässe wieder mit Rabatten für unsere Brandenburger Familien untersetzen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schülerinnen und Schüler von Klasse 1 bis 13, Studierende und Auszubildende ganzjährig, also auch in den Ferien, kostenfrei den ÖPNV in Anspruch nehmen können, im gesamten VBB-Tarifgebiet.
- Auf der Bundesebene kämpfen wir unverändert für eine sanktionsfreie und unbürokratisch zugängliche Kindergrundsicherung für alle Kinder und jungen Menschen im Alter von 0 – Abschluss der Ausbildung ein, die derzeit mindestens 695 Euro betragen muss, nicht angerechnet wird und allen Kindern aus ärmeren Familien voll zustehen soll.
- Kinder- und Jugendpolitik in der Landespolitik stärken: Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche bei sie betreffenden Belangen in der Landespolitik beteiligt werden, die Landesbeauftragte für Kinder und Jugendliche regelmäßig im zuständigen Ausschuss und dem Landtag berichtet und einmal jährlich eine gemeinsame Kinder- und Jugendkonferenz der Interessenvertretungen junger Menschen und der Fraktionen im Landtag stattfindet. Alle Beschlüsse und Empfehlungen des Landes-Kinder- und Jugendausschuss müssen dem zuständigen Ausschuss des Landtages regelmäßig zugeleitet werden.
- Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen stärken: Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche an allen sie und ihre Zukunft betreffenden Entscheidungen in ihren Wohnorten und den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe beteiligt werden. Wir werden Kommunen und die Träger von Angeboten durch einen Ausbau der Beratungs- und gezielte Weiterbildungsangebote unterstützen. Wir stärken die Arbeit von Jugendbeiräten, -parlamenten und anerkannten Strukturen der Selbstorganisation junger Menschen aus Mitteln eines Landesfonds.
- Kinder- und Jugendarbeit sichern und ausbauen: Das Land muss die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der Stabilisierung und dem bedarfsgerechten, flächendeckenden Ausbau niedrigschwelliger Angebote der Jugend(sozial)arbeit wie z.B. Streetwork, Mobile Jugendarbeit, offene Jugendarbeit in Jugendclubs, Jugendkoordination, Jugendbildung, Ferienangeboten etc. durch die Einführung einer Kinder- und Jugendpauschale unterstützen.
- Kinderrechte ins Grundgesetz: Auf Bundesebene setzen wir uns unverändert dafür ein, Kinderrechte umfassend zu stärken und endlich in das Grundgesetz aufzunehmen.

Zusammengefasst: Für uns ist klar, Politik muss sich mehr um die Interessen, Forderungen und Ideen junger Menschen kümmern. Vor allem müssen Politikerinnen und Politiker mit jungen Menschen reden. Kinder und Jugendliche müssen im Landtag gehört und ernst genommen werden. Die Priorität in unserem Wahlprogramm und praktischem Handeln liegt auf einer Politik für und mit jungen Menschen. Wir kämpfen für ein Umdenken in der Politik, um die Landesmittel in der Zukunft richtig investieren zu können:

1. **in die Gegenwart unserer Kinder und Jugendlichen**, also in frühkindliche Bildung, in schulische Bildung, in Ausbildung und Studium, in die Jugendarbeit vor Ort, in die Freizeitinfrastruktur. Vor allem müssen wir die vielen engagierten Jugendlichen, die sich für ein soziales Zusammenleben engagieren, unkompliziert unterstützen.
2. **in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen**, also in einen bezahlbaren Wohnungsmarkt, in eine sozial gerechte Klimapolitik, in die Gestaltung einer attraktiven Ausbildungs- und Arbeitswelt.

Dafür setzen wir uns ein.

5. Wie steht Ihre Partei zur Förderung des Landesverbandes der Kita- und Schulfördervereine e.V. Berlin-Brandenburg (Isfb) durch Haushaltsmittel, um das Engagement in Kita- und Schulfördervereinen nachhaltig zu stärken?

Diese Forderung unterstützen wir! Eine gute finanzielle Ausstattung Ehrenamts sowie die Stärkung der professionellen Strukturen des Isfb sind für die Entwicklung unserer Bildungssysteme wichtig.

6. Unterstützt Ihre Partei die Empfehlung an die Kita- und Schulleitungen, dass Kita- und Schulfördervereine als beratende Mitglieder im Kita-Ausschuss (Kindertagesstättengesetz – KitaG § 7) bzw. in der Schulkonferenz vertreten sein sollen (Brandenburgisches Schulgesetz – BbgSchulG § 90 und § 91)?

Auch diese Forderung unterstützen wir.